

Wahlplattform der Europäischen Volkspartei (EVP)

Einstimmiger Beschluß auf dem II. Kongreß der EVP am 23. Februar 1979 in Brüssel

Wir, die Europäische Volkspartei, die in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft Frauen, Männer und Jugend aus allen Schichten vereint,

überzeugt davon, daß unsere Nationalstaaten nicht mehr für sich allein in der Lage sind, die Herausforderungen unserer Zeit zu meistern,

von dem Willen beseelt, für die Menschen aller sozialen Schichten eine Europäische Union mit dem Endziel einer Föderation zu bauen, in der jeder sich zu Hause fühlt,

von der Einsicht geleitet, daß die großen Probleme unserer Zeit nur auf der Grundlage einer geistig-sittlichen Ordnung des menschlichen Zusammenlebens gelöst werden können, da technisch-organisatorische Rezepte nicht genügen,

sind entschlossen, in diesem Geist und inspiriert von den christlichen Grundwerten unser Politisches Programm*) zu verwirklichen als Beitrag zum Aufbau eines Europa im Dienste des Menschen — eines Europa der Toleranz und der Welt-offenheit.

Deshalb wollen wir Christlichen Demokraten ein Europa der Freiheit und Solidarität . . .

— das die unantastbare Würde des Menschen, seine Freiheit und Verantwortlichkeit gewährleistet — das die geistige und materielle Leistung als Mittel der Selbstverwirklichung anerkennt, die durch keine Ideologie der Gleichmacherei ersetzt werden darf;

*) Unser Politisches Programm, vom I. Kongreß am 6./7. März 1978 in Brüssel verabschiedet, ist bei allen Geschäftsstellen unserer Mitgliedsparteien erhältlich.

- das die Familie als Grundform menschlichen Zusammenlebens schützt und fördert, die in ihrem Wert für das Heranreifen der Kinder zur sittlichen Persönlichkeit weder vom Staat noch von der Gesellschaft ersetzt werden kann;
- das soziale Gerechtigkeit will und Hilfe des einen zur Selbsthilfe des anderen fordert, Hilfe besonders für die Schwächsten: die Behinderten, die Alten und die Armen;
- das den sittlich ungebundenen Individualismus ebenso ablehnt wie den menschenfeindlichen Kollektivismus.

Wir wollen

ein Europa der Verantwortung . . .

- das politisch und juristisch auf allen Ebenen die Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichert, ohne die es keine gerechte Gesellschaftsordnung gibt;
- das die volle Entfaltung des Reichtums der europäischen Kultur fördert, die in ihrer Vielfalt und Einheit zugleich ein einigendes Band für unser Europa der Völker ist — eine Chance, eine humane Gesellschaft aufzubauen und der Gefahr der Uniformität und der Wertfreiheit, dem Materialismus und der Ideologisierung entgegenzuwirken;
- das seine eigene Persönlichkeit, seine Identität und seine Selbstbestimmung im Geist der internationalen Solidarität zu sichern vermag;
- das seine geistige und kulturelle Berufung umsetzt in Verantwortung für andere, insbesondere für die Völker der Dritten Welt; die gleichberechtigte Partnerschaft mit ihnen ist eine wichtige Voraussetzung für den Frieden in der Welt;
- das eine gerechtere und menschlichere internationale Wirtschaftsordnung anstrebt und Bereiche der Solidarität zwischen Industrie- und Entwicklungsländern schafft, wofür die Konvention von Lomé ein Modell sein kann;
- das in gleichberechtigter Partnerschaft mit den Ländern der Dritten Welt eine neue Strategie der Entwicklungspolitik und des Wachstums erarbeitet;
- das seine moralische und menschliche Verantwortung für die Länder Osteuropas wahrnimmt, die uns aus gemeinsamer Geschichte verbunden sind, und das dazu beiträgt, die Spaltung Europas in Frieden zu überwinden und das Recht auf Selbstbestimmung für alle europäischen Völker wiederherzustellen.

Wir wollen

ein Europa der Demokratie und der Offenheit nach außen . . .

- das die pluralistische Demokratie als Staatsform praktiziert, die unserem Bild einer modernen, partnerschaftlichen Gesellschaft entspricht. Sie ist kontrollierte

Herrschaft auf Zeit, gegründet auf eine rechtsstaatliche Verfassung. Die pluralistische Demokratie gebietet die Achtung der Rechte rassischer, ethnischer, weltanschaulicher und religiöser Gruppen;

— das Gewalt und Terrorismus als Mittel zur Lösung gesellschaftlicher oder politischer Konflikte verurteilt und bekämpft;

— das die politische Macht nach dem Prinzip der Subsidiarität dezentralisiert, insbesondere auf die Gemeinden durch die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und auf die Regionen durch ihre Anerkennung und ihre Beteiligung an allen sie betreffenden Fragen;

— das sobald wie möglich Griechenland, Portugal und Spanien, die aufgrund ihrer kulturellen Berufung und ihrer Geschichte zu Europa gehören, als Mitglieder aufnimmt, um unsere gemeinsamen demokratischen Ideale zu festigen;

— das durch die Direktwahl des Europäischen Parlaments die demokratische Kontrolle über die Institutionen der Gemeinschaft verstärkt, die notwendigen Befugnisse für das gute Funktionieren der Gemeinschaft voll übernimmt und die gemeinschaftlichen Entscheidungsverfahren — besonders im Ministerrat — entsprechend verbessert;

— das sich schrittweise auf die Europäische Union zubewegt und von Tag zu Tag mehr mit einer Stimme spricht, um seinen Beitrag für Freiheit und Solidarität, für Gerechtigkeit und Frieden in aller Welt zu leisten und zugleich seine legitimen Interessen zu wahren.

Wir wollen

ein Europa des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und der Vollbeschäftigung . . .

— das ausgerichtet ist auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Armut und das mit Hilfe des funktionstüchtigen Systems der Sozialen Marktwirtschaft dem Menschen hilft, seine Lebensbedingungen zu verbessern. Dieses System stützt sich auf die freie Verantwortung und die schöpferische Initiative jedes einzelnen, der Tarifvertragsparteien und auf die Mitwirkung der öffentlichen Hände. Es fördert die fortschrittliche Entwicklung einer menschlichen Gemeinschaft in Partnerschaft und Solidarität durch

Mit-Verantwortung,

Mit-Bestimmung,

Mit-Beteiligung

der Arbeitnehmer in nationalen und multinationalen Unternehmen. Die Soziale Marktwirtschaft ist besser geeignet als eine zentrale Verwaltungswirtschaft, Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger und Not zu überwinden; sie ist unsere Alternative zum

unmenschlichen Klassenkampf. Es bleibt Aufgabe des Staates, als Rahmenbedingungen die großen wirtschaftlichen und sozialen Leitlinien zu setzen, die durch das Parlament zu beschließen sind;

— das mit einem Europäischen Währungssystem zu einer Zone der Währungsstabilität führen soll, die zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und schließlich zur politischen Europäischen Union voranschreitet;

— das mit Hilfe eines Ressourcentransfers ausreichende Finanzmittel für eine wirksame Regional-, Struktur-, Industrie- und Sozialpolitik bereitstellt und eine ebenso wirksame Wirtschaftspolitik in Gang setzt, die zum Abbau der regionalen Ungleichgewichte führt; diese Politik richtet sich auf angemessene Stabilität, auf qualitatives Wachstum, auf Schutz der Umwelt und Schutz der Verbraucher; sie fordert verbindliche, gemeinsame Verhaltensregeln für multinationale Unternehmen;

— das eine gemeinsame Energiepolitik verwirklicht, die auf die Zukunft ausgerichtet ist und unsere Abhängigkeit von Einfuhren verringert; eine solche Politik bedingt die Bereitstellung ausreichender Mittel für die Entwicklung vorhandener und alternativer Energiequellen und fordert Energieersparnis; besonders beim Einsatz von Kernenergie und bei der Beseitigung ihrer Abfälle müssen alle erforderlichen Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen den Schutz von Leben und Umwelt gewährleisten; außerdem sind Maßnahmen gegen die Verschmutzung der europäischen Gewässer durchzuführen;

— das eine Europäische Charta der Rechte der Arbeitnehmer annimmt und eine stärkere Humanisierung der Arbeitsbedingungen herbeiführt; diese Verbesserungen sollen sektorenweise in europäischen Tarifverträgen festgelegt werden; sie können u. a. zur Anpassung der Arbeitszeit und damit zur besseren Verteilung der verfügbaren Arbeit beitragen; gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Männer und Frauen ist zu verwirklichen;

— das den europäischen Gastarbeitern gleiche Rechte und gleiche Pflichten sichert und jede Diskriminierung ausschaltet;

— das sichert, daß Mann und Frau ihre Aufgaben in Familie, Beruf und Gesellschaft gleichberechtigt vereinbaren und wahrnehmen können, das Männern und Frauen Zugang unter gleichen Bedingungen zu allen Ebenen der Ausbildung und des kulturellen, beruflichen und politischen Lebens ermöglicht;

— das den jungen Menschen für ihr Ausbildungs- und Berufsleben bessere Aussichten für eine Zukunft gibt, in der jeder einen Platz im Berufs- und Gesellschaftsleben findet, der seinen Fähigkeiten und Fertigkeiten entspricht; das soll gefördert werden u. a. durch Harmonisierung der Lehr- und Ausbildungspläne, durch die gegenseitige Anerkennung der Abschlüßdiplome und Befähigungsnachweise in unseren Ländern und durch Förderung einer größeren Mobilität der jungen Arbeiter und Studenten;

— das mit Hilfe eines familiengerechten Lastenausgleichs auch den kinderreichen Familien ein ausreichendes Einkommen für Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder und eine angemessene Lebenshaltung sichert;

— das die kleinen und mittleren Unternehmer, die Handwerker und den Mittelstand fördert, die ihre Existenz auf Selbstverantwortung und Risikobereitschaft gründen; sie tragen durch ihren Leistungswillen überdurchschnittlich zum wirtschaftlichen Fortschritt und zu einem wirkungsvollen Sozialsystem bei;

— das den modernen landwirtschaftlichen Familienbetrieb fördert, der sich bisher im dynamischen Wandel der Wirtschaftsstrukturen bewährt hat und Garant einer gesicherten Lebensmittelproduktion ist, auf die auch in Zukunft im allgemeinen Interesse nicht verzichtet werden kann.

Wir bekräftigen die Ziele und die grundlegenden Prinzipien der gemeinsamen Agrarpolitik, wie sie im Vertrag von Rom definiert sind;

wir unterstreichen die Notwendigkeit eines besseren Gleichgewichts zwischen den südlichen und nördlichen Regionen, einer Bereinigung der Fehlentwicklungen und einer auf den ländlichen Raum ausgerichteten Strukturpolitik.

Wir wollen

ein Europa der Freiheit, der Sicherheit und des Friedens . . .

— das sich bewußt ist, daß seine freiheitliche Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatsordnung nur dann ausgebaut und verbessert werden kann, wenn es bereit und fähig ist, seine Freiheit im Inneren und nach außen zu verteidigen;

— das die volle Anwendung der Schlußakte von Helsinki gewährleistet, die einen möglichen Weg für dauerhafte Entspannung in Ausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung aufzeigt; Berlin (West) bleibt ein Prüfstein für wirkliche Entspannung in Europa;

— das sich um einen gegenseitigen ausgewogenen und kontrollierten Abbau der Truppen und Rüstungen in Europa und in der Welt bemüht;

— das seine volle Verantwortung im Atlantischen Bündnis übernimmt, auf dem unsere Sicherheit beruht, und das für diese Aufgabe stark genug sein muß;*)

— das sich für die Beachtung der Menschenrechte und der bürgerlichen Freiheiten in aller Welt einsetzt und jede despotische Herrschaft ablehnt — denn der Respekt vor dem Recht des anderen ist der Friede für alle.

Wir Christlichen Demokraten, Bürgen für ein geeintes und brüderliches Europa, wollen das europäische Einigungswerk vollenden, das unsere großen Staatsmänner Robert SCHUMAN, Alcide DE GASPERI und Konrad ADENAUER begonnen haben.

*) Dieser Abschnitt gilt nur für die Mitgliedsparteien der EVP aus den Ländern, die Mitglieder des Nordatlantischen Bündnisses (NATO) sind.

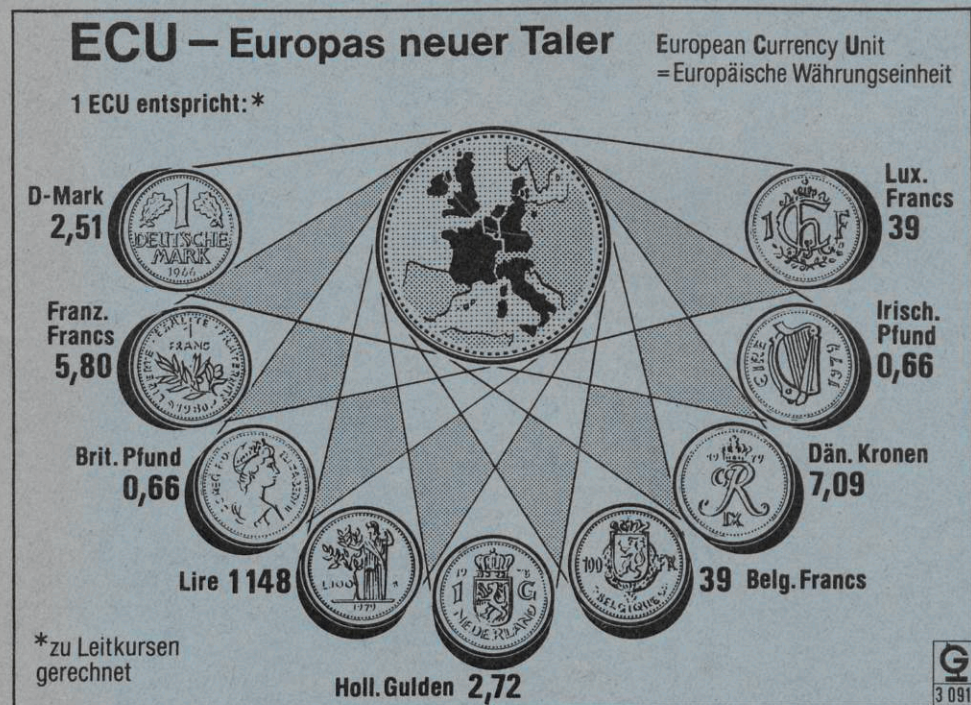
Wir rufen alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte auf, unter Einsatz ihres ganzen politischen Willens hierbei mitzuwirken. Denn es gibt nur eine Antwort auf die gegenwärtige Krise: Mehr Kompetenzen, mehr Mittel und mehr Autorität für Europa!

Die Direktwahl zum Europäischen Parlament soll die demokratische Legitimität dieses Parlaments erhöhen und damit das Gewicht und den Einfluß Europas stärken.

Wir Christlichen Demokraten wollen die Stärkung der politischen Exekutive der Gemeinschaft und die Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments durch eine Änderung der Verträge. Wir rufen die 180 Millionen Wähler auf: Gehen Sie alle zur Wahl!

Nichts Großes kann gelingen, wenn die Völker nicht in voller Freiheit und Verantwortung dafür eintreten — das gilt auch für jeden einzelnen: Bauen Sie mit uns an der Zukunft Europas!

Gemeinsam für ein Europa freier Menschen!



So funktioniert das Europäische Währungssystem (EWS)

Das Europäische Währungssystem ist am 13. März 1979 in Kraft getreten. Es soll die Wechselkurse zwischen den Währungen der EG-Länder stabilisieren und zur Festigung der internationalen Währungsbeziehungen beitragen. Dadurch soll der europäische Integrationsprozeß einen neuen Impuls erhalten.

Das EWS ist ein Währungsverbund mit festen Wechselkursen, der sich von der bisherigen „Schlange“ im wesentlichen dadurch unterscheidet, daß ihm nicht nur mehr Länder angehören, sondern auch Staaten mit großen wirtschaftlichen Problemen. Die festen Wechselkurse werden in der Europäischen Währungseinheit (EWE oder ECU) ausgedrückt und können nur durch gemeinschaftlichen Beschluß im Rahmen von Auf- bzw. Abwertungen verändert werden. Die EWE ist gegenwärtig etwa DM 2,50 wert.

Über die EWE errechnet sich der Leitkurs der einzelnen Währungen untereinander. Beispiel: Wenn eine EWE DM 2,50 oder 5,559 ffrs sind, dann ist der Leitkurs Mark/ffrs $2,50 : 5,559 = 0,447$.

Auch bei grundsätzlich festen Wechselkursen dürfen die Währungen innerhalb einer bestimmten Bandbreite zueinander schwanken. Werden diese Bandbreiten überschritten, so müssen die Notenbanken intervenieren. Im EWS dürfen die Tageskurse sich nur innerhalb einer Schwankungsbreite von plus/minus 2,25 % (Italien plus/minus 6 %) vom Leitkurs entfernen. Werden die Bandbreiten über- bzw. unterschritten, so müssen die jeweiligen Notenbanken währungspolitisch intervenieren, um den Leitkurs innerhalb der Bandbreiten zu halten.

Bei Stützungskäufen entstehen Forderungen und Schulden der Notenbanken untereinander. Die Salden müssen in 45, längstens 75 Tagen ausgeglichen werden. Um den Saldenausgleich sicherzustellen, hinterlegen die Notenbanken 20 % ihres Bestandes an Gold und Devisen beim Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit. Der Fonds gibt für den Gegenwert EWE aus und hinterlegt diese bei den Notenbanken. Auf der Grundlage der gegenwärtigen Devisenreserven sind das rund 24 Milliarden EWE oder gut 60 Milliarden DM. Die Stützungskäufe nehmen die Notenbanken vor.

Die CDU begrüßt und fördert jeden Schritt, der die Integration Europas auf wirtschafts- und währungspolitischem Gebiet voranbringt. Gerade weil wir es jedoch mit der europäischen Einigung ernst nehmen, lassen wir uns von vordergründigen Argumenten nicht blenden. Da die wichtigsten Probleme, die eine währungspolitische Integration Europas gefährden, nach wie vor ungelöst sind, stehen wir der Arbeitsweise des EWS skeptisch gegenüber.

Besonders die unterschiedliche wirtschaftliche Stabilität zwischen den europäischen Partnerstaaten, die z. B. in unterschiedlichen Inflationsraten zum Ausdruck kommt, zwingt entweder zu laufenden Wechselkursveränderungen (die im EWS nicht vorgesehen sind) oder aber zu massiven währungspolitischen Interventionen der Notenbanken. Letztes bringt die Gefahr zusätzlicher Geldschöpfung und damit inflationäre Tendenzen in den stabilitätsbewußten Staaten mit sich. Bundeskanzler Helmut Schmidt sagte am 8. April 1976 vor dem Deutschen Bundestag: „Ich will in diesem Zusammenhang auch sagen, daß die währungs- und stabilitätspolitische Aufgabe des Wechselkursverbundes, der Schlange, unweigerlich beeinträchtigt wird, wenn in diesem Verbund Währungen von Ländern aneinandergebunden sind, deren wirtschaftliche Grunddaten nicht einigermaßen parallel, sondern auseinanderstrebend verlaufen.“ Der Bundeskanzler weiß, daß sich die Probleme durch die Schaffung des EWS nicht verkleinert, sondern vergrößert haben.

Für die CDU steht fest: Das EWS darf Europa nicht zur Inflationsgemeinschaft werden lassen. Sie wäre kein europäischer Fortschritt, sondern ein europäischer Rückschlag. Das EWS kann deshalb erst dann als ein Erfolg bezeichnet werden, wenn es gelingt, die Wirtschaftspolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft auf einen Nenner zu bringen. Angesichts der internationalen Inflationsmentalität stellten die Regierungschefs auf dem Londoner Gipfeltreffen am 11. Mai 1977 völlig zu Recht fest: „Inflation verringert die Arbeitslosigkeit nicht. Im Gegenteil: Sie ist eine der Hauptursachen.“ Bundeskanzler Schmidt, der an diesem Gipfeltreffen teilnahm, brauchte viele Jahre politischer Tätigkeit, um zu dieser simplen Erkenntnis zu kommen. Wir wollen hoffen, daß er sie inzwischen nicht schon wieder vergessen hat.